



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

## Nowy projekt zmian "Towarzystwa Wzajemnych Ubezpieczeń Urzędników Prywatnych we Lwowie"

Liczba stron oryginału

14

Liczba plików skanów

15

Liczba plików publikacji

15

Sygnatura/numer zespołu

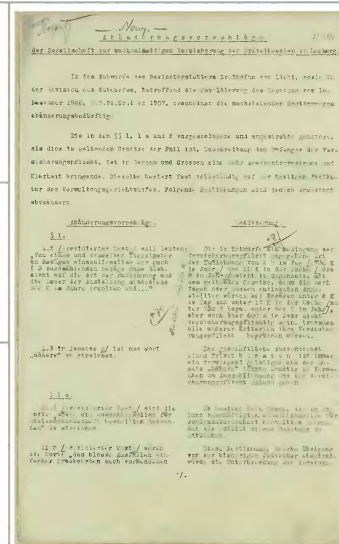
TR 072.054

Data wydania oryginału

1913[?]

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo  
**Kultury**  
i Dziedzictwa  
Narodowego.



NARODOWY  
INSTYTUT  
AUDIOWIZUALNY

**KULTURA+**



Ruger

Nowy.

Abänderungsvorschläge

72.54/1

der Gesellschaft zur wechselseitigen Versicherung der Privatbeamten in Lemberg.

In dem Entwurfe des Berichterstatters Dr. Stefan von Licht, sowie in der Revision des Entwurfes, betreffend die Novellierung des Gesetzes vom 16. Dezember 1906, R.G.Bl.Nr.1 ex 1907, erscheinen die nachstehenden Bestimmungen abänderungsbedürftig:

Die in den §§ 1, 1 a und 2 vorgeschlagene und angestrebte genauere, als dies im geltenden Gesetze der Fall ist, Umschreibung des Umfanges der Versicherungspflicht, ist im Ganzen und Grossen eine sehr zweckentsprechende und Klarheit bringende. Dieselbe basiert fast vollständig auf der heutigen Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes. Folgende Bestimmungen sind jedoch unbedingt abzuändern:

Abänderungsvorschläge.

Motivierung.

§ 1.

Z.2 /:revidierter Text:/ soll lauten:  
"Von einem und demselben Dienstgeber an Bezügen einschliesslich der nach § 3 zuzuzählenden Bezüge ohne Rücksicht auf die Art der Entlohnung und die Dauer der Anstellung mindestens 600 K im Jahre erhalten und..."

Die im Entwurfe als Bedingung der Versicherungspflicht angegebene Art der Entlohnung von 2 K im Tag /:730 K im Jahr:/ und 12 K in der Woche /:624 K im Jahr:/ steht im Gegensatze mit dem geltenden Gesetze, denn die nach Tagen oder Wochen entlohten Angestellten würden bei Bezügen unter 2 K im Tag und unter 12 K in der Woche /unter 730 K bzw. unter 624 K im Jahr/, aber doch über 600 K im Jahr nicht versicherungspflichtig sein, trotzdem alle anderen Kriterien ihre Versicherungspflicht begründen würden.

Z.3 im Absatze g/ ist das Wort "höhere" zu streichen.

Der geschäftliche Aussendienst eines Privat b e a m t e n ist immer ein vorwiegend geistiger und der Zusatz "höhere" könnte unnötig zu Versuchen um Ausschliessung aus der Versicherungspflicht Anlass geben.

§ 1 a.

Al.1 /:revidierter Text:/ sind die Worte "sowie die ausschliesslich für Auslandskundschaft bestellten Reisenden" zu streichen.

Es besteht kein Grund, die im Inland beschäftigten, ausschliesslich für Auslandskundschaft bestellten Reisenden der Wohltat dieses Gesetzes zu entziehen.

Al.5 /:revidierter Text:/ wären die Worte "das blosse Ausfüllen einfacher Drucksorten nach vorhandenen

Diese Bestimmung, welche übrigens von der bisherigen Judikatur abweicht, würde die Unterbrechung der Versiche-



Daten, das Abpausen oder Schablonieren von Zeichnungen oder Plänen" zu streichen.

rungsdauer sehr oft nach sich ziehen und es würden durch dieselbe den betreffenden Angestellten manche Beitragsjahre verloren gehen. Speziell bedenklich ist die Bestimmung, dass das Ausfüllen von Drucksorten nach vorhandenen Daten die Versicherungspflicht ausschliessen soll, da hierdurch leicht die Gelegenheit geschaffen wird, sich der Versicherungspflicht zu entziehen.

Alinea 6 ist das Wort "höherer" /wie im § 1 Z.3:/ zu streichen.

Alinea 6 ist der letzte Satz zu streichen.

Diese Bestimmung würde zweifellos die Reisenden, welche früher zumeist /:manchmal mit Absicht:/ als Verkäufer u.dgl. nicht versicherungspflichtig waren, aus der Versicherungspflicht gänzlich ausschliessen und auch zur Umgehung des Gesetzes Anlass bieten.

## § 2.

Z.5 ist dahin abzuändern, dass ein Zusatz hinzukommt: "sofern sie keine normalmässigen, das heisst mit den von ihnen versehenen Posten verbundenen, Pensionsansprüche haben."

Es ist nicht gerecht, die nichtpensionsanspruchsberechtigten Angestellten des Hofes und des Staates sowie ihrer Anstalten und Unternehmungen der Wohltat dieses Gesetzes zu entziehen.

Z.6. Die Worte "mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteter Lehranstalten, öffentlicher Fonds und jener Korporationen, die durch gesetzliche Vorschrift zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben bestimmt sind" sind weiter unten nach den Worten "unter der gleichen Voraussetzung auch die Angestellten..." zu setzen, das heisst, diese mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Lehranstalten, öffentlichen Fonds und gesetzlichen Zwangsorganisationen sollen auch für den Fall des Übertrittes ihres Angestellten in eine versicherungspflichtige Anstellung zur Überweisung der Prämienreserve verpflichtet sein.

Es geht nicht an, dass in ziemlich zahlreichen Fällen der Übertritte aus derartigen Diensten in einen versicherungspflichtigen Dienst die betreffenden Angestellten den Verlust der Pensionsberechtigung für die verflossene Dienstzeit erleiden und dass die betreffenden Dienstgeber dadurch ein Geschäft machen, dass sie nicht verpflichtet sind, die Prämienreserve zu überweisen.

Z.6. Nach den Worten "Pensionsansprüche haben" sind Worte einzuschalten: "die im Durchschnitte den gesetzlichen Leistungen mindestens gleichkommen."

Diese Änderung spricht selbst für sich.

Z.7 nach den Worten "die Advokatur- und Notariatskandidaten" sind die Worte einzuschalten "für die Zeit der gesetzlich vorgeschriebenen Berufspraxis..."

Es kommt bei Advokatur- und besonders bei Notariatskandidaten nicht selten vor, dass sie vor Erlangung der Selbständigkeit als Advokaten oder Notare invalid werden, oder sterben und ihre Familie ohne Versorgung hinterlassen. Speziell in Galizien werden Notariatskandidaten äussert selten vor Vollendung des 18-jährigen Berufsdienstes zu Notaren ernannt.

Z.9 ist ein Zusatz aufzunehmen: "..., längstens jedoch bis zum Ablaufe von 8 Jahren nach Ablegung der Reifeprüfung."

Irgendeine Beschränkung der Studiendauer erscheint jedenfalls geboten.



Abänderungsvorschläge.Motivierung.

2.11 nach dem Worte "Angestellten" ist einzuschalten: "mit österreichischer Staatsangehörigkeit."

§ 3.

Alinea 1 ist dahin abzuändern, dass an Stelle der Klasseneinteilung die Bestimmung tritt, dass v o l l e Jahresbezüge bis zum Betrage von 7200 K zu versichern sind.

Die Bestimmung, dass volle Dienstbezüge - analog dem Pensionsnormal der Staatsbeamten, der Länder und der meisten bestehenden Pensionsfonds - in die Versicherung einbezogen werden, entspricht der sozialen Gerechtigkeit und dem allgemeinen Wunsche der Privatbeamten, welche es schwer empfinden, dass die Beträge zwischen einzelnen Gehaltsklassen nach bestehendem Gesetze bei der Versicherung ausseracht gelassen werden. Auch ist das Maximum 3000 K des versicherten Jahresgehaltes mit Rücksicht auf die rasch fortschreitende allgemeine Teuerung, welche in etwa 20 Jahren die jetzigen Preise wenigstens verdoppeln wird, zu gering genommen und gerechterweise auf 7200 K hinaufzusetzen.

Alinea 3 dieses § ist nach den Worten "...mit 33 $\frac{1}{3}$  Prozent des baren Gehaltes" einzuschalten: "im letzten Falle jedoch mindestens im Betrage von 400 K jährlich,"

Die Privatbeamten Galiziens, insbesondere jene in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, empfinden es in sehr vielen Fällen ausserordentlich schwer, dass infolge der Schätzung der Naturalwohnung einschliesslich der freien Beheizung, Beleuchtung und V e r k ö s t i g u n g /: z.B. beim - sehr oft bei Ökonomen, Forstadjunkten etc. vorkommenden - baren Gehalte von nur 400 K jährlich; / auf nur 33 $\frac{1}{3}$  Prozent des baren Gehaltes sie der Wohltat der gesetzlichen Versicherung entzogen werden!

§ 7 a.

Im Punkte a/ ist anstatt der Zahl 600 die Zahl 1200 zu setzen.

Durch diese Änderung wird die Möglichkeit des Verdienstes im Nebenerwerb des wirtschaftlich ohnehin sehr schwachen Privatangestellten billigerweise ein wenig gehoben.

§ 8.

Absatz 2 hat zu lauten: "Die Höhe des Grundbetrages ist mit 30% des versicherten Gehaltsbetrages zu bemessen. Die Steigerung beträgt jährlich anderthalb Prozent des versicherten Gehaltsbetrages". Weitere Bestimmungen dieses § sind sinngemäss zu ändern.

Diese Änderung entspricht der Änderung des § 3, durch welche die Gehaltsklasseneinteilung aufgehoben erscheint.

Zum Absatz 1 kommt folgender Zusatz: "Die im aktiven Militärdienste zugebrachte Zeit ist als Beitragszeit einzurechnen und hat der Staat für die entsprechende Prämie aufzukommen."

Ein alter und gerechter Wunsch der Angestellten, welche durch Militärdienst eine oft langdauernde Unterbrechung ihrer Versicherungsdauer erleiden und diesbezüglich den Staatsbeamten gleichzustellen sind.

§ 9.

Der Absatz 2 ist zu streichen.

Wenn der Privatangestellte für



Abänderungsvorschläge.

Motivierung.

§ 10

ist statt der Zahl 600 die Zahl 1200 zu setzen.

die Versicherung auf Krankengeld in der Krankenkasse, oder registrierten Hilfskasse, oder bei einer Bruderlade eine besondere Prämie und für die Pensionsversicherung wieder eine besondere Prämie zahlt so ist es recht und billig, dass er von jeder dieser Versicherungen auch eine besondere wenn auch gleichzeitige Leistung bezieht. In privaten Versicherungen ist dies immer und ausnahmslos der Fall.

Die Begründung aus dem § 7 a trifft auch hier zu.

§ 13.

Z.1 ist entweder gänzlich zu streichen, oder dieselbe hätte zu lauten: „1. wenn seit dem Tage der Eheschliessung des Versicherten noch kein voller Monat verflossen ist, es sei denn, dass aus der ~~Eheschliessung~~ ein Nachkomme hinterblieben ist.“

Die Zahl der s.g. Trauerungen am Sterbebette, welche jetzt sehr gering ist, wird durch diese Änderung gewiss nicht so ansteigen, dass sie den Versicherungsträger schädigen würde; andererseits erblicken die Angestellten in der Beschränkung durch Z.1 des geltenden Gesetzes eine grosse Unbilligkeit und verlangen allgemein deren Beseitigung.

Z.2 die Zahl 50. ist in 55. abzuändern.

Aus obigen Gründen ist auch diese Beschränkung zu mildern.

§ 15.

An Stelle des zweiten Satzes kommt folgender Satz: „Uneheliche Kinder eines versicherten Vaters haben Anspruch auf Erziehungsbeiträge, wenn der Vater bei Lebzeiten diesen Anspruch anmeldet, oder wenn nachgewiesen wird, dass er ~~er~~ <sup>gewirkt</sup> bei Lebzeiten für ihren Unterhalt hat.“

Diese, der sozialen Gerechtigkeit entsprechende Änderung, bedarf keiner näheren Begründung.

§ 18.

Es ist der Zusatz aufzunehmen: „Desgleichen haben Anspruch auf eine einmalige Abfertigung a/ die hinterbliebenen Eltern, Geschwister u. dgl. nach einem ledigen Versicherten ohne Unterschied des Geschlechtes, welcher erwiesenermassen diese Familienmitglieder erhalten musste, und b/ die Witwe nach einem Versicherten, der vor Ablauf eines Monats nach der Eheschliessung gestorben ist, oder die Ehe nach Vollendung des 55. Lebensjahres oder als Invaliditätsrentner geschlossen hat.“

Diese Änderung spricht - wie im § 15 - selbst für sich.

Nach § 19 ist folgender neue

§ 19 a

zu setzen: „Der Staat hat zu jeder Alters- und Invaliditätsrente, welche für nach diesem Gesetze Versicherte flüssig wird, sofern die zur Versicherung anrechenbaren Jahresbezüge 4000

Eine ähnliche Bestimmung ist einmal bereits vorgeschlagen gewesen, und entspricht die Begrenzung mit versicherten 4000 K Jahresbezügen und die Feststellung des Staatszuschusses mit



Abänderungsvorschläge.

K nicht übersteigen, einen Zuschuss in der Höhe von 180 K jährlich zu leisten, und zwar vom Zeitpunkte des Inkrafttretens des Gesetzes betreffend die Sozialversicherung.

Diesen Zuschuss hat der Staat auch jenen Personen zu leisten, welche auf Grund der obligatorischen Versicherung /:§ 1:/ in Ersatzeinrichtungen eine Invaliditäts- oder Altersrente beziehen, insofern die Statuten dieser Institute bezüglich der Invaliditätserklärung die Bestimmungen der §§ 7 - 10 dieses Gesetzes enthalten.

§ 20

ist der Absatz 2 zu streichen.

§ 21.

Der Absatz 1 ist zu streichen.

Z.2 ist zu streichen.

§ 25

sind im Absatze 1 statt der Worte „drei Monate“ die Worte „ein Jahr“ zu setzen.

Nach § 27 a

ist folgender neue § 27 b zu setzen:

„Sämtliche nach diesem Gesetze zu

Motivierung.

180 K jährlich der sozial höheren Stellung der Privatbeamten als die der Arbeiter.

Bei gegenwärtig allgemein in Verwendung stehender Art der Auszahlungen mittelst der Postsparkassenschecks ist diese Bestimmung wohl entbehrlich.

Die Begründung zur Änderung des § 9 ist auch hier zutreffend.

Es kommt sehr oft vor, dass die Invaliditätsrentner und besonders die Witwen und Kinder bei ihren Verwandten über der Grenze, wo sie leichteren Unterhalt finden, einen länger dauernden Aufenthalt nehmen, wofür ihnen doch nicht der Rentenbezug entzogen und auch nicht bloß eine minderwertige Abfertigung zugesprochen werden darf.

Według długoletniego doświadczenia naszego Towarzystwa dość liczne są wypadki, że wdowa z dziećmi po urzędniku prywatnym, lub nawet sam urzędnik prywatny emeryt przenosi się z Galicyi na dłuższy lub stały pobyt do swej rodziny pod zaborem rosyjskim lub pruskim, gdzie ze swą niską rentą łatwiej może wyżyć.

Die Änderung bezweckt die notwendige Hintanhaltung der erfahrungsgemäss ausserordentlich zahlreichen leichtfertigen Zurückziehung durch stellenlose Angestellte der von ihnen selbst geleisteten Prämien und Kürzung der gesetzlichen Anwartschaften. Der Zeitraum eines Jahres, nach Ablauf dessen erst die Prämienrückerstattung gewährt werden soll, bietet mehr Gewähr hierfür, dass meistens nur in Fällen dauernder Stellenlosigkeit - was denn auch durch das Gesetz bezweckt war - diese Leistung in Anspruch genommen werden wird.

Diese Änderung entspricht der Be-



Abänderungsvorschläge.Motivierung.

gewährenden Leistungen und Rückerstattungen können weder in Exekution gezogen, noch verpfändet oder übertragen werden."

strebung des Gesetzes, der wirtschaftlich schwachen Schichte der Privatangestellten in allen Lebenslagen ein Existenzminimum zu bieten.

§ 28

sind die Worte "oder welche wegen Nichtbestandes der Versicherungspflicht nachträglich von Amts wegen aus der Versicherung ausgeschieden wurde" zu streichen.

Es sollte nicht statthaft sein, dass die allgemeine /:staatliche:/ Pensionsanstalt für Angestellte Freiwillig Personen versichert, die nach dem Gesetze nicht versicherungspflichtig sind.

§ 33.

Der Absatz 1 hat zu lauten: "An festen Prämien sind 12 Prozent des versicherten Gehaltsbetrages in monatlichen Vorausraten zu entrichten."

In Anpassung an die Änderungen in den §§ 3 und 8.

Die vom Berichterstatter Dr.von Licht vorgeschlagene neue Textierung der §§ 64 - 68 beinhaltet eine neue Regelung der Ersatzversicherungen, des Verhältnisses der Ersatzeinrichtungen zur Allg. Pensionsanstalt für Angestellte, der Kompetenzen u.s.w. u.s.w., so vortrefflich, gerecht und klar, dass nur zu wünschen ist, dieselbe möge durch Annahme von Anträgen, welche die Allgemeine Pensionsanstalt oder ihre Freunde /:z.B. Dr.Pitacco:/ zu stellen beabsichtigen, nicht verschlechtert werden!

Folgende Änderungen sind auch hier noch empfehlenswert:

§ 64.

Zum Absatz 4 kommt folgender Zusatz: "In Fällen der Änderung des Rechts- oder Eigentumstitel beim Dienstgeber /:z.B. teilweise oder gänzliche Änderung des Firmatitels, Umbildung bei juristischen Personen, Verkauf, Tod, Schenkung u.dgl.:/verbleibt der neue Dienstgeber Mitglied des bisherigen Versicherungsträgers, solange er nicht ausdrücklich anders verfügt."

Diese Änderung empfiehlt sich nach bisheriger Erfahrung notwendig bei Ersatzinstituten, um sie vor kurzfristigen grundlosen Verlusten an Versicherungszeiten und Prämienteilen in jenen Fällen zu schützen, in welchen der Dienstgeber im guten Glauben die Änderung des Rechtstitels nicht sofort anmeldet, da er nicht die Absicht hat, den Versicherungsträger zu ändern.

§ 65.

Z.2 sind am Schlusse folgende Worte hinzuzusetzen: "...; doch darf die Höhe der Beiträge von den individuellen Familienstandsverhältnissen nicht abhängig gemacht werden."

Durch die in den Statuten einiger Ersatzeinrichtungen enthaltene Bestimmung, dass die Höhe der Beiträge sich nach individuellen Familienstandsverhältnissen richtet, ist für Versicherte und Dienstgeber schädlich und steht im Gegensatze zum Geiste des bestehenden Gesetzes.

§ 66 a

sind anstatt der Worte "binnen Jahresfrist" die Worte "binnen 2 Jahren" zu setzen.

Die Frist eines Jahres hat sich oft, besonders bei der Notwendigkeit der Vorlage versicherungstechnischer Nachweisungen, als zu kurz erwiesen.



Abänderungsvorschläge.Motivierung.§ 73.

Es empfiehlt sich die Streichung des Absatzes 7.

Durch diesen Absatz wird der Grundsatz der ipso jure-Versicherung alteriert.

Artikel II.

Im Absatz 1 sind die Worte „im Letzteren Falle vorbehaltlich des Rechtes der Versicherten auf freiwillige Fortsetzung der Versicherung [/:§ 28:/]“ zu streichen.

Aus den zu § 28 angegebenen Gründen.

Artikel IV.

ist zu streichen.

Durch die Bestimmung dieses Artikels würde der uncrhörte Fall eintreten, dass eine gesetzliche staatliche Anstalt das Recht hätte, in einer besonderen freiwilligen Versicherungsabteilung, so wie dies bis nunzu das unbestritten ausschliessliche Privileg der privaten Versicherungsanstalten war, ihre Mitglieder freiwillig auf aussergesetzliche Leistungen zu versichern und dadurch den privaten Anstalten als Ersatzinstituten eine folgenschwere Konkurrenz zu machen, durch welche deren Wirksamkeit erschwert und gehemmt würde, ja in manchen Fällen auch ihre Existenz hintangesetzt wäre.

GESELLSCHAFT  
ZUR WECHSELSEITIGEN VERSICHERUNG  
DER PRIVATGEANTEN in LEMBERG



Uwaga: Namiary, rekredacje mowione ✓, nad się zgadza.

## Abänderungsvorschläge

72.54/5

der Gesellschaft zur wechselseitigen Versicherung der Privatbeamten in Lemberg.

In dem Entwurfe des Berichterstatters Dr. Stefan von Licht, sowie in der Revision des Entwurfes, betreffend die Novellierung des Gesetzes vom 16. Dezember 1906, R.G.Bl.Nr. 1 ex 1907, erscheinen die nachstehenden Bestimmungen abänderungsbedürftig:

Die in den §§ 1, 1 a und 2 vorgeschlagene und angestrebte genauere, als dies im geltenden Gesetze der Fall ist, Umschreibung des Umfanges der Versicherungspflicht, ist im Ganzen und Grossen eine sehr zweckentsprechende und Klarheit bringende. Dieselbe basiert fast vollständig auf der heutigen Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes. Folgende Bestimmungen sind jedoch unbedingt abzuändern:

### Abänderungsvorschläge.

### Motivierung.

#### § 1.

2.2 /:revidierter Text:/ soll lauten:  
"Von einem und demselben Dienstgeber an Bezügen einschliesslich der nach § 3 zuzuzählenden Bezüge ohne Rücksicht auf die Art der Entlohnung und die Dauer der Anstellung mindestens 600 K im Jahre erhalten und..."

Die im Entwurfe als Bedingung der Versicherungspflicht angegebene Art der Entlohnung von 2 K im Tag /:730 K im Jahr:/ und 12 K in der Woche /:624 K im Jahr:/ steht im Gegensatze mit dem geltenden Gesetze, denn die nach Tagen oder Wochen entlohnnten Angestellten würden bei Bezügen unter 2 K im Tag und unter 12 K in der Woche /unter 730 K bzw. unter 624 K im Jahr/, aber doch über 600 K im Jahr nicht versicherungspflichtig sein, trotzdem alle anderen Kriterien ihre Versicherungspflicht begründen würden.

2.3 im Absatze g/ ist das Wort "höhere" zu streichen.

~~Der geschäftliche Aussendienst eines Privatbeamten ist immer ein vorwiegend geistiger und der Zusatz "höhere" könnte unnötig zu Versuchen um Ausschliessung aus der Versicherungspflicht Anlass geben.~~

#### § 1 a.

Al.1 /:revidierter Text:/ ~~sind die Worte "sowie die ausschliesslich für Auslandskundschaft bestellten Reisenden" zu streichen.~~ *ist der Zusatz aufzunehmen: "sofern dieselben ihren ständigen Wohnsitz im Ausland haben"*

Es besteht kein Grund, die im Inland beschäftigten, ausschliesslich für Auslandskundschaft bestellten Reisenden der Wohltat dieses Gesetzes zu entziehen.

Al.5 /:revidierter Text:/ wären die Worte "das blosse Ausfüllen einfacher Drucksorten nach vorhandenen

Diese Bestimmung, welche übrigens von der bisherigen Judikatur abweicht, würde die Unterbrechung der Versiche-



Abänderungsvorschläge.Motivierung.

Daten, das Abpausen oder Schablonieren von Zeichnungen oder Plänen" zu streichen.

rungsdauer sehr oft nach sich ziehen und es würden durch dieselbe den betreffenden Angestellten manche Beitragsjahre verloren gehen. Speziell bedenklich ist die Bestimmung, dass das Ausfüllen von Drucksorten nach vorhandenen Daten die Versicherungspflicht ausschliessen soll, da hierdurch leicht die Gelegenheit geschaffen wird, sich der Versicherungspflicht zu entziehen.

Alinea 6 ist das Wort "höherer" /wie im § 1 Z.3:/ zu streichen.

*hat*  
Alinea 6 ist der letzte Satz zu streichen. *Doch bleiben Personen, die aus Gewandepflicht Handwerkerdiensten im neu Beruf, wo Reisenden oder Agenten übertraten, auch weiterhin nicht versicherungspflichtig.*

Diese Bestimmung würde zweifellos die Reisenden, welche früher zumeist /:manchmal mit Absicht:/ als Verkäufer u.dgl. nicht versicherungspflichtig waren, aus der Versicherungspflicht gänzlich ausschliessen und auch zur Umgehung des Gesetzes Anlass bieten.

§ 2.

Z.5 ist dahin abzuändern, dass ein Zusatz hinzukommt: "sofern sie ~~keine~~ normalmässigen, das heisst mit den von ihnen versehenen Posten verbundenen Pensionsansprüche haben."

Es ist nicht gerecht, die nicht-pensionsanspruchsberechtigten Angestellten des Hofes und des Staates sowie ihrer Anstalten und Unternehmungen der Wohltat dieses Gesetzes zu entziehen.

Z.3. Die Worte "mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteter Lehranstalten, öffentlicher Fonds und jener Korporationen, die durch gesetzliche Vorschrift zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben bestimmt sind" sind weiter unten nach den Worten "unter der gleichen Voraussetzung auch die Angestellten..." zu setzen, das heisst, diese mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Lehranstalten, öffentlichen Fonds und gesetzlichen Zwangsorganisationen sollen auch für den Fall des Übertrittes ihres Angestellten in eine versicherungspflichtige Anstellung zur Überweisung der Prämienreserve verpflichtet sein.

Es geht nicht an, dass in ziemlich zahlreichen Fällen der Übertritte aus derartigen Diensten in einen versicherungspflichtigen Dienst die betreffenden Angestellten den Verlust der Pensionsberechtigung für die verflossene Dienstzeit erleiden und dass die betreffenden Dienstgeber dadurch ein Geschäft machen, dass sie nicht verpflichtet sind, die Prämienreserve zu überweisen.

Z.6. Nach den Worten "Pensionsansprüche haben" sind Worte einzuschalten: "die im Durchschnitte den gesetzlichen Leistungen mindestens gleichkommen."

Diese Änderung spricht selbst für sich.

Z.7 nach den Worten "die Advokatur- und Notariatskandidaten" sind die Worte einzuschalten "für die Zeit der gesetzlich vorgeschriebenen Berufspraxis..."

~~Es kommt bei Advokatur- und besonders bei Notariatskandidaten nicht selten vor, dass sie vor Erlangung der Selbständigkeit als Advokaten oder Notare invalid werden, oder sterben und ihre Familie ohne Versorgung hinterlassen. Speziell in Galizien werden Notariatskandidaten ausser selten vor Vollendung des 18-jährigen Berufsdienstes zu Notaren ernannt.~~

Z.9 ist ein Zusatz aufzunehmen: "...langstens jedoch bis zum Ablaufe von 8 Jahren nach Ablegung der Reifeprüfung."

Irgendeine Beschränkung der Studiendauer erscheint jedenfalls geboten.



Abänderungsvorschläge.Motivierung.

5.11 nach dem Worte "Angestellten" ist einzuschalten: "mit österreichischer Staatsangehörigkeit."

§ 3.

Alinea 1 ist dahin abzuändern, dass an Stelle der Klasseneinteilung die Bestimmung tritt, dass v o l l e Jahresbezüge bis zum Betrage von 7200 K zu versichern sind.

*Anm. der Regierung: Diese Änderung tangiert die Versicherungstechnische Basis.*

Die Bestimmung, dass volle Dienstbezüge - analog dem Pensionsnormale der Staatsbeamten, der Länder und der meisten bestehenden Pensionsfonds - in die Versicherung einbezogen werden, entspricht der sozialen Gerechtigkeit und dem allgemeinen Wunsche der Privatbeamten, welche es schwer empfinden, dass die Beträge zwischen einzelnen Gehaltsklassen nach bestehendem Gesetze bei der Versicherung ausseracht gelassen werden. Auch ist das Maximum 3000 K des versicherten Jahresgehaltes mit Rücksicht auf die rasch fortschreitende allgemeine Teuerung, welche in etwa 20 Jahren die jetzigen Preise wenigstens verdoppeln wird, zu gering genommen und gerechterweise auf 7200 K hinaufzusetzen.

Alinea 3 dieses § ist nach den Worten "...mit 33 $\frac{1}{3}$  Prozent des baren Gehaltes" einzuschalten: "im letzten Falle jedoch mindestens im Betrage von 400 K jährlich,"

Die Privatbeamten Galiziens, insbesondere jene in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, empfinden es in sehr vielen Fällen ausserordentlich schwer, dass infolge der Schätzung der Naturalwohnung einschliesslich der freien Beheizung, Beleuchtung und V e r k ö s t i g u n g /: z.B. beim - sehr oft bei Ökonomen, Forstadjunkten etc. vorkommenden - baren Gehalte von nur 400 K jährlich: / auf nur 33 $\frac{1}{3}$  Prozent des baren Gehaltes sie der Wohltat der gesetzlichen Versicherung entzogen werden!

§ 7 a.

Im Punkte a/ ist anstatt der Zahl 600 die Zahl 1200 zu setzen.

*Regierung: tangiert die Versicherungstechnische Basis.*

Durch diese Änderung wird die Möglichkeit des Verdienstes im Nebenerwerb des wirtschaftlich ohnehin sehr schwachen Privatangestellten billigerweise ein wenig gehoben.

§ 8. in Zusammenhang mit § 3 Abs. 1.

Absatz 2 hat zu lauten: "Die Höhe des Grundbetrages ist mit 30% des versicherten Gehaltsbetrages zu bemessen. Die Steigerung beträgt jährlich anderthalb Prozent des versicherten Gehaltsbetrages". Weitere Bestimmungen dieses § sind sinngemäss zu ändern.

Diese Änderung entspricht der Änderung des § 3, durch welche die Gehaltsklasseneinteilung aufgehoben erscheint.

Zum Absatz 1 kommt folgender Zusatz: "Die im aktiven Militärdienste zugebrachte Zeit ist als Beitragszeit einzurechnen und hat der Staat für die entsprechende Prämie aufzukommen."

Ein alter und gerechter Wunsch der Angestellten, welche durch Militärdienst eine oft langdauernde Unterbrechung ihrer Versicherungsdauer erleiden und diesbezüglich den Staatsbeamten gleichzustellen sind.

§ 9.

Der Absatz 2 ist zu streichen.

Wenn der Privatangestellte für



Abänderungsvorschläge.Motivierung.

*Ansicht der Regierung: Der Pensionsversicherungsträger hätte zu große Verwaltungsauslagen, da er unzählige Fälle prüfen müsste um so betriebs selbst Krankenrentenentscheidung ausüben würde.*

die Versicherung auf Krankengeld in der Krankenkasse, oder registrierten Hilfskasse, oder bei einer Bruderlade eine besondere Prämie und für die Pensionsversicherung wieder eine besondere Prämie zahlt so ist es recht und billig, dass er von jeder dieser Versicherungen auch eine besondere wenn auch gleichzeitige Leistung bezieht. In privaten Versicherungen ist dies immer und ausnahmslos der Fall.

§ 10

ist statt der Zahl 600 die Zahl 1200 zu setzen.

Die Begründung aus dem § 7 a trifft auch hier zu.

§ 13.

Z.1 ist entweder gänzlich zu streichen, oder dieselbe hätte zu lauten:  
"1. wenn seit dem Tage der Eheschliessung des Versicherten noch kein <sup>halbes Jahr</sup> ~~ein~~ Monat verfloßen ist, es sei denn, dass aus der Eheschliessung ein Nachkomme hinterblieben ist."

Die Zahl der s.g. Traungen am Sterbebette, welche jetzt sehr gering ist, wird durch diese Änderung gewiss nicht so ansteigen, dass sie den Versicherungsträger schädigen würde; andererseits erblicken die Angestellten in der Beschränkung durch Z.1 des geltenden Gesetzes eine grosse Unbilligkeit und verlangen allgemein deren Beseitigung.

Z.2 die Zahl 50 ist in 55. abzuändern.

Aus obigen Gründen ist auch diese Beschränkung zu mildern.

*Regierung: aus versicherungstechnischen Gründen unmöglich.*

§ 15.

An Stelle des zweiten Satzes kommt folgender Satz: "Uneheliche Kinder eines versicherten Vaters haben Anspruch auf Erziehungsbeiträge, wenn der Vater bei Lebzeiten diesen Anspruch anmeldet, oder wenn nachgewiesen wird, dass er bei Lebzeiten für ihren Unterhalt hat."

Diese, der sozialen Gerechtigkeit entsprechende Änderung, bedarf keiner näheren Begründung.

*Regierung: aus versicherungstechnischen Gründen unmöglich.*

§ 18.

Es ist der Zusatz aufzunehmen: "Desgleichen haben Anspruch auf eine einmalige Abfertigung a/ die hinterbliebenen Eltern, Geschwister u.dgl. nach einem ledigen Versicherten ohne Unterschied des Geschlechtes, welcher erwiesenermassen diese Familienmitglieder erhalten musste, und b/ die Witwe nach einem Versicherten, der vor Ablauf eines Monats nach der Eheschliessung gestorben ist, oder die Ehe nach Vollendung des 55. Lebensjahres oder als Invaliditätsrentner geschlossen hat."

Diese Änderung spricht - wie im § 15 - selbst für sich.

*Regierung: aus versicherungstechnischen Gründen unmöglich.*

§ 19 a

zu setzen: "Der Staat hat zu jeder Alters- und Invaliditätsrente, welche für nach diesem Gesetze Versicherte flüssig wird, sofern die zur Versicherung anrechenbaren Jahresbezüge 4000

Eine ähnliche Bestimmung ist einmal bereits vorgeschlagen gewesen, und entspricht die Begrenzung mit versicherten 4000 K Jahresbezügen und die Feststellung des Staatszuschusses mit

*Während der Debatte im Ausschuss ist die Angelegenheit zur Sprache gekommen, dass eine Bestimmung oder Resolution zu verlangen, dass die Frage des Staatszuschusses prinzipiell zugunsten der Privatversicherung entschieden werden muss.*



Abänderungsvorschläge.Motivierung.

K nicht übersteigen, einen Zuschuss in der Höhe von 180 K jährlich zu leisten, und zwar vom Zeitpunkte des Inkrafttretens des Gesetzes betreffend die Sozialversicherung.

Diesen Zuschuss hat der Staat auch jenen Personen zu leisten, welche auf Grund der obligatorischen Versicherung /: § 1: / in Ersatzeinrichtungen eine Invaliditäts- oder Altersrente beziehen, insoferne die Statuten dieser Institute bezüglich der Invaliditätserklärung die Bestimmungen der §§ 7 - 10 dieses Gesetzes enthalten."

180 K jährlich der sozial höheren Stellung der Privatbeamten als die der Arbeiter.

§ 20

ist der Absatz 2 zu streichen, *was entspricht der Motivierung.*

Bei gegenwärtig allgemein in Verwendung stehender Art der Auszahlungen mittelst der Postsparkassenschecks ist diese Bestimmung wohl entbehrlich.

§ 21.

Der Absatz 1 ist zu streichen.

Die Begründung zur Änderung des § 9 ist auch hier zutreffend.

Z.2 ist zu streichen.

*Es kommt wahrscheinlich eine besondere Bestimmung in neu Art. III.*

Es kommt sehr oft vor, dass die Invaliditätsrentner und besonders die Witwen und Kinder bei ihren Verwandten über der Grenze, wo sie leichteren Unterhalt finden, einen länger dauernden Aufenthalt nehmen, wofür ihnen doch nicht der Rentenbezug entzogen und auch nicht bloß eine minderwertige Abfertigung zugesprochen werden darf.

Wodurch długioletniego doświadczenia naszego Towarzystwa dość liczne są wypadki, że wdowa z dziećmi po urzędniku prywatnym, lub nawet sam urzędnik prywatny emeryt przenosi się z Galicyi na dłuższy lub stały pobyt do swego rodzinnego pod zaborem rosyjskim lub pruskim, gdzie ze swą niską rentą katwiej może wyżyć.

§ 25

sind im Absatze 1 statt der Worte „drei Monate“ die Worte „ein Jahr“ zu setzen.

Die Änderung bezweckt die notwendige Hintanhaltung der erfahrungsgemäss ausserordentlich zahlreichen leichtfertig *oder* Zurückziehung durch stellenlose Angestellte der von ihnen selbst geleisteten Prämien und Kürzung der gesetzlichen Anwartschaften. Der Zeitraum eines Jahres, nach Ablauf dessen erst die Prämienrückerstattung gewährt werden soll, bietet mehr Gewähr hierfür, dass meistens nur in Fällen dauernder Stellenlosigkeit - was denn auch durch das Gesetz bezweckt war - diese Leistung in Anspruch genommen werden wird.

Nach § 27 a

ist folgender neue § 27 b zu setzen:

„Sämtliche nach diesem Gesetze zu

Diese Änderung entspricht der Be-



Abänderungsvorschläge.Motivierung.

gewährenden Leistungen und Rückerstattungen können weder in Exekution gezogen, noch verpfändet oder übertragen werden."

strebung des Gesetzes, der wirtschaftlich schwachen Schichte der Privatangestellten in allen Lebenslagen ein Existenzminimum zu bieten.

§ 28

sind die Worte "oder welche wegen Nichtbestandes der Versicherungspflicht nachträglich von Amts wegen aus der Versicherung ausgeschieden wurde" zu streichen.

Es sollte nicht statthaft sein, dass die allgemeine /:staatliche:/ Pensionsanstalt für Angestellte freiwillig Personen versichert, die nach dem Gesetze nicht versicherungspflichtig sind.

§ 35 im Zusammenhang mit den §§ 3 und 8.

Der Absatz 1 hat zu lauten: "An festen Prämien sind 12 Prozent des versicherten Gehaltsbetrages in monatlichen Vorausraten zu entrichten."

In Anpassung an die Änderungen in den §§ 3 und 8.

Die vom Berichterstatter Dr. von Licht vorgeschlagene neue Textierung der §§ 64 - 68 beinhaltet eine neue Regelung der Ersatzversicherungen, des Verhältnisses der Ersatzeinrichtungen zur Allg. Pensionsanstalt für Angestellte, der Kompetenzen u.s.w. u.s.w., so vortrefflich, gerecht und klar, dass nur zu wünschen ist, dieselbe möge durch Annahme von Anträgen, welche die Allgemeine Pensionsanstalt oder ihre Freunde /:z.B. Dr. Pitacco:/ zu stellen beabsichtigen, nicht verschlechtert werden!

Folgende Änderungen sind auch hier noch empfehlenswert:

§ 64.

Zum Absatz 4 kommt folgender Zusatz: "In Fällen der Änderung des Rechts- oder Eigentumstitel beim Dienstgeber /:z.B. teilweise oder gänzliche Änderung des Firmatitels, Umbildung bei juristischen Personen, Verkauf, Tod, Schenkung u.dgl.:/verbleibt der neue Dienstgeber Mitglied des bisherigen Versicherungsträgers, solange er nicht ausdrücklich anders verfügt."

Diese Änderung empfiehlt sich nach bisheriger Erfahrung notwendig bei Ersatzinstituten, um sie vor kurzfristigen grundlosen Verlusten an Versicherungszeiten und Prämienteilen in jenen Fällen zu schützen, in welchen der Dienstgeber im guten Glauben die Änderung des Rechtstitels nicht sofort anmeldet, da er nicht die Absicht hat, den Versicherungsträger zu ändern.

§ 65.

Z.2 sind am Schlusse folgende Worte hinzuzusetzen: "...; doch darf die Höhe der Beiträge von den individuellen Familienstandsverhältnissen nicht abhängig gemacht werden."

Durch die in den Statuten einiger Ersatzeinrichtungen enthaltene Bestimmung, dass die Höhe der Beiträge sich nach individuellen Familienstandsverhältnissen richtet, ist für Versicherte und Dienstgeber schädlich und steht im Gegensatz zum Geiste des bestehenden Gesetzes.

§ 66 a

sind anstatt der Worte "binnen Jahresfrist" die Worte "binnen 2 Jahren" zu setzen.

Die Frist eines Jahres hat sich oft, besonders bei der Notwendigkeit der Vorlage versicherungstechnischer Nachweisungen, als zu kurz erwiesen.



Abänderungsvorschläge.Motivierung.§ 73.

Es empfiehlt sich die Streichung des Absatzes 7.

Durch diesen Absatz wird der Grundsatz der ipso jure-Versicherung alteriert.

*In den §§ 81-83 sind die Worte: „mit im Mittelebringungs-falle mit Dienst bis zu ...“ zu streichen.*

Artikel II.

Im Absatz 1 sind die Worte „im Letzteren Falle vorbehaltlich des Rechtes der Versicherten auf freiwillige Fortsetzung der Versicherung [§ 28:]“ zu streichen.

Aus den zu § 23 angegebenen Gründen.

Artikel IV.

*ist zu streichen - vor, in falls hierfür keine Majorität zu erlangen wäre, wenigstens so zu modifizieren, dass die Allgemeine Pensionsanstalt für Angestellte bei ihr Versicherten auf Vorkosten, gegenüber der gesetzlichen Ansprüche nur nach gesetzlicher Pensionsnormale und nur bis zum Höchstbetrage der tatsächlichen Dienstbezüge versichern darf.*

Durch die Bestimmung dieses Artikels würde der unerhörte Fall eintreten, dass eine gesetzliche staatliche Anstalt das Recht hätte, in einer besonderen freiwilligen Versicherungsabteilung, so wie dies bis nunzu das unbestritten ausschliessliche Privileg der privaten Versicherungsanstalten war, ihre Mitglieder freiwillig auf aussergesetzliche Leistungen zu versichern und dadurch den privaten Anstalten als Ersatzinstituten eine folgenreichere Konkurrenz zu machen, durch welche deren Wirksamkeit erschwert und gehemmt würde, je in manchen Fällen auch ihre Existenz hintangesetzt wäre.

GESELLSCHAFT  
ZUR WECHSELSEITIGEN VERSICHERUNG  
DER PRIVATDIENSTEN IN LEMBERG

Artikel III.

*Abatz 3 hat zu lauten: „Durch Verordnung kann im Retorsionswege bestimmt werden, dass das Recht des Bezuges nach § 21, Punkt 2 von Renten mit Versicherungsbeiträgen ruht, solange der Bezugsberechtigte seinen dauernden Wohnsitz in dem betreffenden Auslande suchen kann, in welchem Falle er mit der Hälfte des Kapitalwertes seiner Ansprüche abzufertigt werden kann. Desgleichen können im Verordnungswege über die Art des im Auslande herzustellenden Nachweises der Bezugsberechtigung bin, neue Vorschriften erlassen werden.“*